

Trump verunsichert Brandenburgs Hochschulen: Wissenschaft in Gefahr!

Brandenburgs Hochschulen stehen vor Herausforderungen durch Trumps Politik. Forschende befürchten eingeschränkten Austausch mit US-Universitäten.



Potsdam, Deutschland - Die Hochschulen in Brandenburg sehen sich aufgrund der aktuellen politischen Entwicklungen in den USA vor erheblichen Herausforderungen. Die US-Regierung unter Präsident Donald Trump hat Fördergelder für Universitäten, darunter prominente Institutionen wie Harvard, eingefroren. [tagesspiegel.de](https://www.tagesspiegel.de) berichtet, dass die US-Bildungsministerin Linda McMahon Harvard wegen unzureichenden Schutzes vor antisemitischer Diskriminierung kritisierte, was die Spannungen weiter verschärft. Wissenschaftler beklagen einen bedrohlichen Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit und ziehen sogar in Erwägung, die USA als Forschungsstandort zu verlassen.

Proteste gegen die Kürzungen im Forschungsbereich nehmen in den USA zu, und Tausende von Wissenschaftlern äußern ihren Unmut über als wissenschaftsfeindlich empfundene Politik. Besonders hervorzuheben ist, dass es keinen Mangel an Widerstand gibt; Initiativen wie „Stand Up for Science“ wachsen, während die globale Wissenschaftscommunity sich zunehmend um die Entwicklungen in den USA sorgt. Im Rahmen von Trumps Plan „Project 2025“ werden Mittel für Forschungsbehörden und Hochschulen durch präsidientielle Verordnungen gekürzt, was massive Auswirkungen auf die Forschungslandschaft hat.

Auswirkungen auf den internationalen Austausch

Die Universität Potsdam bleibt trotz dieser Herausforderungen bestrebt, ihre acht Partnerschaften mit US-amerikanischen Institutionen aufrechtzuerhalten. Oliver Günther, der Präsident der Universität, plant eine Reise in die USA zu einem internationalen Wissenschaftler-Netzwerktreffen. Dennoch bereiten sich Studierende, die einen Auslandsaufenthalt in den USA planen, auf mögliche Komplikationen vor, da einige ausländische Studenten bereits festgenommen wurden. Die strengen Visabestimmungen für die USA haben dazu geführt, dass die Universität eng mit den betroffenen Studierenden kommuniziert und besorgt auf die sich zuspitzende Lage reagiert.

Das Beispiel der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) zeigt die bürokratischen Hürden, die den Forschungs- und Personalaustausch beeinträchtigen. Hier profitieren weniger vom internationalen Austausch, was sich langfristig auf die Qualität der Forschung auswirken könnte. Angesichts dieser Umstände wird Deutschland in den Mittelpunkt gerückt, um sich als attraktiver Forschungsstandort zu positionieren und möglicherweise amerikanische Forschende anzuziehen. Ulrike Malmendier, eine prominente Wirtschaftsweisse, sieht in der Situation neue Chancen für Deutschland und Europa, Spitzenforscher aus den USA zu gewinnen.

Globale Perspektiven der Wissenschaftsfreiheit

Die Problematik der Wissenschaftsfreiheit ist nicht nur auf die USA beschränkt. Der Academic Freedom Index (AFI), der weltweit Wissenschaftsfreiheit in etwa 180 Ländern erfasst, zeigt, dass für rund 45 Prozent der Weltbevölkerung diese Freiheit keine Realität ist. **forschung-und-lehre.de** stellt heraus, dass die Wissenschaftsfreiheit in 23 Ländern, darunter auch die USA, anhaltend verschlechtert wurde. Während 11 Prozent der Bevölkerung starke Wissenschaftsfreiheit genießen, haben 21 Prozent ein gewisses Maß an Freiheit, während andere stark eingeschränkt sind.

Besonders besorgniserregend ist der Rückgang der Wissenschaftsfreiheit in Ländern, die stark gesellschaftlich und politisch polarisiert sind, wie in den USA, Indien und der Türkei. Der Index verdeutlicht, dass die globale Wissenschaftsgemeinschaft unter den gegenwärtigen Bedingungen leidet und dass ein ernsthafter Dialog über die Rolle der Wissenschaftsfreiheit international gefordert ist. Ferner unterstreicht die Analyse, dass Deutschland, im Vergleich zu den USA, als ein Land mit hoher Wissenschaftsfreiheit gilt, was die Möglichkeit bietet, internationalen Talenten einen sicheren Hafen zu bieten.

In der aktuellen Situation wird klar, dass die Einflussnahme der Politik auf die Wissenschaft international besorgniserregende Auswirkungen hat und ein zukunftsorientierter Ansatz für den internationalen Austausch von Ideen und Forschern notwendig ist.

Details	
Vorfall	Protest
Ursache	Kürzungen im Forschungsbereich, politische Einflussnahme

Details	
Ort	Potsdam, Deutschland
Quellen	• www.tagesspiegel.de • www.deutschlandfunk.de • www.forschung-und-lehre.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de